

Begriffe zu Entwicklungsländern

OECD

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (englisch Organization for Economic Cooperation and Development, OECD), internationale Organisation aus 30 Ländern, die zusammenarbeiten, um u. a. die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Mitglieder zu koordinieren und zu fördern.

Die OECD stellt alle Informationen zur Verfügung, die für eine nationale Politik in allen wichtigen Bereichen der Wirtschaft und Entwicklung hilfreich sind. Ihre vorrangigen Ziele sind:

- (1) die Förderung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten und des Wirtschaftswachstums sowie die Erhöhung des Lebensstandards in den Mitgliedsstaaten;
- (2) die Hilfe bei der wirtschaftlichen Expansion in Mitgliedsstaaten und in den Staaten, die nicht zur OECD gehören;
- und (3) die Förderung eines multilateralen, gleichberechtigten Welthandels in Übereinstimmung mit internationalen Verpflichtungen.

Während des gesamten Jahres finden Treffen statt, auf denen Maßnahmen ausgearbeitet und Ideen ausgetauscht werden. Die Organisation veröffentlicht jährlich über 12 000 Studien, darunter z. B. Berichte zur Wirtschafts- und Sozialpolitik in den Mitgliederstaaten sowie Konjunkturausblicke. Der Sitz der OECD ist in Paris.

GATT

Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (englisch General Agreement on Tariffs and Trade, GATT), auf der Handelskonferenz in Genf am 30. Oktober 1947 abgeschlossener Vertrag, der von 23 Staaten unterzeichnet wurde. Kernpunkt der Vereinbarung war die Bildung eines internationalen Forums, das sich der Ausweitung des multilateralen, d. h. mehr als zwei Parteien betreffenden Handels widmete und sich um Schlichtung und Beilegung internationaler Handelsstreitigkeiten bemühte. Das Abkommen wurde zu einer autonomen internationalen Organisation aufgewertet und zählte zu den Sonderorganisationen der Vereinten Nationen (UN) mit Sitz in Genf.

Die achte Runde der Zollverhandlungen, die Uruguay-Runde, begann gegen Ende des Jahres 1986 und wurde schließlich 1994 beendet. Dabei wurde ein Abschlussabkommen ratifiziert, in welchem die Ablösung von GATT durch die Welthandelsorganisation (WTO) beschlossen wurde. Die Welthandelsorganisation dehnt das ursprüngliche GATT-Mandat auf neue Gebiete aus, wie z. B. auf den Handel mit Dienstleistungen und mit geistigem Eigentum.

WTO

Welthandelsorganisation (WTO, World Trade Organization), internationale Organisation zur Förderung des freien Welthandels mit Hauptsitz in Genf, gegründet am 15. April 1994 in Marrakech. Die WTO ist unabhängig von den Vereinten Nationen. Ihre Ziele sind neben der optimalen Nutzung aller verfügbaren wirtschaftlichen Ressourcen u. a. die Steigerung des Lebensstandards in allen Ländern sowie die Verbesserung der Beschäftigungslage und des Realeinkommens. Hierzu führt die Organisation die Vereinbarungen des GATT fort, überwacht die internationalen Handelspraktiken und versucht bei Handelsstreitigkeiten zu schlichten. Anders als ihr Vorläufer sind ihre Beschlüsse für alle Vertragspartner bindend. Handels- und wirtschaftspolitische Grundlagentexte bilden folgende Prinzipien, die bereits im GATT verankert waren:

- Nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit oder Reziprozität müssen die handelspolitischen Leistungen, die sich GATT-Signatäre (Unterzeichnerstaaten des GATT) gegenseitig einräumen, gleichwertig sein.
- Liberalisierung durch Abbau von Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen (zollumgehende Schranken wie z. B. Importbestimmungen, technische Normen oder Hygienevorschriften).
- Nach dem Prinzip der Meistbegünstigung sollen Zoll- und Handelsvorteile, die sich zwei GATT-Mitglieder einräumen, allen Signatarstaaten zugute kommen.

AKP-Staaten

Entwicklungsländer Afrikas, der Karibik und des Pazifik

WHO

Weltgesundheitsorganisation (WHO, englisch World Health Organization), eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen (UN). Die Weltgesundheitsorganisation wurde 1946 gegründet. Ihre Statuten traten am 7. April 1948 in Kraft (deshalb ist der 7. April Weltgesundheitstag). Das Hauptziel der Weltgesundheitsorganisation, das der erste Artikel der Statuten formuliert, besteht in der „Schaffung eines Höchstmaßes an Gesundheit für alle Völker“. Dabei ist der Begriff der Gesundheit bewusst weit gefasst und schließt geistige und soziale Aspekte ein. 1995 hatte die WHO 187 Mitgliedsstaaten. Die Bundesrepublik Deutschland gehört ihr seit 1951, Österreich und die Schweiz seit 1947 an.

Die Weltgesundheitsorganisation hat beratende und technisch helfende Funktion. Zu ihren Aufgabenbereichen gehören die Ausbildung medizinischen Personals, die Verbreitung von Wissen über Krankheiten (Grippe, Malaria, Pocken, Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten und Aids), die Gesundheitsvorsorge von Mutter und Kind sowie Programme zu Ernährungs-, Bevölkerungs- und Hygieneproblemen. Außerdem betreibt die WHO Forschungseinrichtungen bzw. Dokumentationszentren und kümmert sich um die Ausrottung von Massenerkrankungen. Erfolge erzielte sie etwa im Bereich der Seuchenbekämpfung, bei der Verringerung der Kindersterblichkeit in Entwicklungsländern, beim Ausbau von medizinischen Versorgungseinrichtungen und bei der Standardisierung von Arzneimittellisten. Dabei setzte sich die Weltgesundheitsorganisation immer wieder über Versuche, sie politisch unter Druck zu setzen, hinweg.

UNCTAD

Welthandels- und Entwicklungskonferenz der UN (englisch United Nations Conference on Trade and Development, UNCTAD), ständiges Organ der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Die UNCTAD wurde am 30. Dezember 1964 gegründet. Ihr war ein Treffen vorausgegangen, bei dem Vertreter von 120 Nationen Probleme der internationalen Warenmärkte und des Handels diskutierten. Aufgrund der viel versprechenden Ergebnisse der dreimonatigen Beratungen beschloss die Generalversammlung der Vereinten Nationen, diese zur ständigen Einrichtung werden zu lassen.

Ziel der UNCTAD ist die Förderung des Handels zwischen Staaten mit unterschiedlichem Entwicklungsstand. Außerdem sollen mehrseitige Handelsabkommen forciert und der Nord-Süd-Dialog verbessert werden. Des Weiteren versteht sich die UNCTAD als Forum für Entwicklungsländer und für Gruppierungen wie die Lateinamerikanische Integrationsvereinigung.

Inzwischen hat die UNCTAD 187 Mitgliedsstaaten, deren Vertreter sich alle vier Jahre zu einer Konferenz zusammenfinden. Aktivitäten koordiniert ein halbjährlich tagender Handels- und Entwicklungsrat. Der Sitz der UNCTAD ist in Genf.

UNESCO

UNESCO, Abkürzung für United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, eine Unterorganisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur. Ziel der UNESCO ist es, die internationale Zusammenarbeit in den genannten Gebieten zu fördern, weltweit den Zugang zu Bildungs- und Kultureinrichtungen zu gewährleisten und den Bildungsstandard zu erhöhen. Hierzu gehören satzungsgemäß auch die Wahrung des Friedens durch Förderung des Verständnisses zwischen den Völkern sowie die Sicherung der Menschenrechte. Neben Erziehungsprogrammen (vor allem Alphabetisierungskampagnen) in den Entwicklungsländern, die einen Hauptaspekt des Engagements ausmachen, hat sich die UNESCO insbesondere den Erhalt des Weltkultur- und Naturerbes zur Aufgabe gemacht. 1993 wurde eine Stiftung zur Erforschung und Verhinderung der

Immunschwächekrankheit AIDS gegründet. Das Internationale Büro der UNESCO befindet sich in Paris.

IWF

Internationaler Währungsfonds (IWF), Sonderbehörde der Vereinten Nationen, gegründet am 27. Dezember 1945 gemeinsam mit der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank) auf der Grundlage der Beschlüsse der UN-Währungskonferenz von Bretton Woods 1944. Sein Zweck ist die Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf den Gebieten der Währungspolitik, die Stabilisierung der Währungen und Währungsbeziehungen, eines ausgewogenen Wachstums und möglichst hohen Beschäftigungsgrades, Aufbau eines internationalen Zahlungssystems, die Beseitigung von Beschränkungen im Außenhandel, der Abbau von Ungleichgewichten in den internationalen Zahlungsbilanzen und die Vergabe von Krediten zur Erleichterung von Zahlungsbilanzanpassungen. Im Jahr 2001 waren 183 Staaten Mitglied des IWF, der für alle souveränen Staaten offen steht.

Der IWF finanziert sich durch Einzahlungen der Mitgliedsländer. Diese Einzahlungen hängen ab vom Anteil am Fonds (Quote), der jedem Mitglied zugewiesen wird und seiner Stellung in der Weltwirtschaft entspricht. Nach der Quote bemisst sich das Stimmrecht des Mitgliedlandes bei Beratungen des IWF und der Umfang der so genannten Sonderziehungsrechte. Diese stellen eine Gutschrift des Fonds an das Mitgliedsland dar; sie können u. a. zum Devisenerwerb eingesetzt werden. Die USA verfügen im IWF über die größte Quote. Das Gesamtvolumen der Sonderziehungsrechte beläuft sich (1999) auf 212 Milliarden, was einem Betrag von rund 300 Milliarden US-Dollar entspricht.

Mitglieder mit vorübergehenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten können beim IWF Devisenkredite beantragen, und zwar aus dem zusammengelegten Fonds, in den alle Mitglieder eingezahlt haben. Der IWF kann auch Mittel von offiziellen Einrichtungen leihen, und die Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) von 1962 gaben ihm das Recht, sich Kredite vom so genannten „Zehner-Klub“ der industrialisierten Länder zu beschaffen. Diese haben sich verpflichtet, falls nötig bis zu 6,5 Milliarden US-Dollar verfügbar zu machen (diese Summe wurde mittlerweile auf 17 Milliarden US-Dollar erhöht). Der Kreditnehmer zahlt für die vom IWF bereitgestellten Mittel einen Zins, der unter den auf dem freien Geld- und Kapitalmarkt üblichen Zinssätzen liegt. Das Mitglied, dessen Währung eingesetzt wird, erhält nahezu die gesamten Zinszahlungen, und nur ein kleiner Rest verbleibt beim Fonds zur Deckung der Betriebskosten.

Der Internationale Währungsfonds unterstützt gezielt auch die Wirtschaftsentwicklung in bestimmten Ländern, so z. B. die Einrichtung funktionierender freier Marktwirtschaften in den Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes. Dazu wurde 1993 ein besonderer Fonds eingerichtet, um Handels- und Zahlungsbilanzschwierigkeiten auszugleichen, die bei der Umstellung von Planwirtschaften auf die Bedingungen der Marktwirtschaft zwangsläufig entstehen. Bis Mitte 1994 hatte er mehr als 4,3 Milliarden Sonderziehungsrechte an 44 Länder vergeben.

Weltbank

Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, auch Weltbank genannt, Sonderorganisation der Vereinten Nationen, gegründet auf der Konferenz von Bretton Woods 1944 zeitgleich mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Das in der Satzung niedergelegte Hauptziel der Bank ist die Hilfe bei Wiederaufbau und Entwicklung der 151 Mitgliedsstaaten durch Bereitstellung von Investivkapital zu im Vergleich zum privaten Bankgewerbe deutlich günstigeren Konditionen. Private Auslandsinvestitionen sollen durch Garantien oder Beteiligungen an Krediten gefördert werden. Die Bundesrepublik Deutschland ist seit 1951 Mitglied der Sonderorganisation.

Die Bank gewährt nur Mitgliedsländern Kredite, und zwar zur Finanzierung besonderer Projekte. Bevor ein Kreditantrag genehmigt werden kann, müssen Berater und Experten der Bank prüfen, ob der zukünftige Kreditnehmer die von der Bank vorgeschriebenen Bedingungen erfüllen kann. Die meisten dieser Bedingungen dienen dazu, sicherzustellen, dass die Kredite produktiv eingesetzt und

zurückgezahlt werden. Die Weltbank verlangt, dass der Kreditnehmer nicht in der Lage ist, den Kredit für dieses besondere Projekt von irgendeiner anderen Quelle zu angemessenen Bedingungen zu beschaffen, und dass das geplante Projekt technisch durchführbar und wirtschaftlich solide ist. Nachdem der Kredit vergeben ist, verlangt die Bank regelmäßige Berichte vom Kreditnehmer sowie von ihren eigenen Beobachtern über die Verwendung der Kreditmittel und den Fortgang des Projekts.

In den Anfangsjahren ihres Bestehens gewährte die Weltbank Kredite hauptsächlich an die kriegszerstörten europäischen Länder. Diese nutzten sie zum Wiederaufbau der Industrien, die durch den 2. Weltkrieg beschädigt oder zerstört worden waren. Seit Ende der sechziger Jahre jedoch sind die meisten Kredite an wirtschaftliche Entwicklungsländer in Afrika, Asien und Lateinamerika vergeben worden. Der Schwerpunkt lag dabei offiziell auf Projekten, die unmittelbar den ärmsten Menschen in Entwicklungsländern helfen sollten, ihre eigene Produktivität zu erhöhen und dringend notwendige Infrastrukturmaßnahmen (Wasserversorgung, Abfallbeseitigung, Gesundheitsdienste) durchzuführen sowie für direkte Hilfen bei der Familienplanung und Nahrungsmittelhilfen. Die direkte Beteiligung der ärmsten Menschen an der Wirtschaftsaktivität wurde gefördert, indem man Kredite für die Entwicklung der Landwirtschaft und ländlicher Gebiete, kleiner Unternehmen und Stadtgebiete zur Verfügung stellte. Seit Beginn der neunziger Jahre ist die Weltbank entscheidend an der marktwirtschaftlichen Strukturanpassung Osteuropas beteiligt. Seit dieser Zeit weitet sie ihre Hilfe auch auf die Energiewirtschaft und den Umweltschutz aus.

Die Politik der Weltbank steht immer wieder aufgrund der harten Auflagen, die sie den Schuldnerländern zur „Stabilisierung“ ihrer Volkswirtschaften erteilt, in der Kritik. Gefordert wird dabei meist ein genereller oder teilweiser Schuldenerlass. Seit ihrem Bestehen wird der Weltbank die enge Verknüpfung ihrer Kreditpolitik mit den politischen und wirtschaftlichen Interessen der Vereinigten Staaten zum Vorwurf gemacht. Kredithilfe von Weltbank und IWF sei nur zu erhalten, wenn die Strukturanpassungsmaßnahmen als marktwirtschaftlich konforme Politikreformen durchgeführt würden. Diese politisch-ökonomischen Maßnahmen hätten in vielen Fällen zu einer weiteren Verarmung der notleidenden Bevölkerungsschichten in der Dritten Welt geführt.

LDC

Diese Kategorie wurde 1971 von der UNO unter der offiziellen Bezeichnung LDC (Least Developed Countries) eingeführt. Sie gilt für Staaten, die besonders große Entwicklungsprobleme haben. Als offizielle Bemessungsgrundlage gilt einmal das Pro-Kopf-Einkommen, welches 600 Dollar jährlich nicht überschreiten darf. Zum anderen hat man als Einteilungshilfe einen Lebensqualitätsindex erarbeitet, der breite Bereiche abdeckt. Erfasst werden die Lebenserwartung, die Kalorienversorgung pro Kopf, die Einschulungsrate, die Alphabetisierungsquote, das Bruttoinlandsprodukt, die Beschäftigtenanteile in der Industrie, der Stromverbrauch pro Kopf und die Exportstruktur. Die Einwohnerzahl darf nicht über 75 Millionen liegen. Staaten, die in die Kategorie LDC fallen, haben einen besseren Zugang zu nicht rückzahlbaren Zuschüssen und zu Krediten mit besonders günstigen Bedingungen.

Insgesamt gelten 47 Entwicklungsländer als Least Developed Countries: 32 in Afrika, 14 in Asien und Ozeanien sowie 1 in Lateinamerika. Wie zu ersehen ist, hat sich gerade in Schwarzafrika die Situation vieler Staaten verschärft. An den Rand des Weltwirtschaftsgeschehens gedrängt, droht manchen dieser Länder der Kollaps. Das Wort Entwicklung hat in diesem Kontext längst seinen ursprünglichen Sinn verloren und ist reduziert auf bloße Armutsbekämpfung.